

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 5

Artikel: Britische Zustände
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Ansicht bin, die Frauen sollten nun auch in diese Armee einbezogen werden, damit das Spiegelbild dann stimmt. Ganz im Gegenteil! Aber genau in dieser Aussage des SPS-Konzeptes liegt der Ansatzpunkt für die Gefahr einer obligatorischen Männer-Dienstpflcht: Die Armee

und das darin gepflegte militärisch-hierarchische Denken beeinflussen weitgehend auch unser Zivilleben, durchdringen die Wirtschaft, sind allgegenwärtig. Und dies ist nur deshalb möglich, weil alle Männer gezwungen werden, sich mit dieser Armee irgendwie zu arrangieren, weil jeder

dazugehört, manchmal auch widerwillig. Für mich ist diese Allgegenwart hierarchischen und letztlich zerstörerischen Denkens bedrohlich. Ich hoffe, dass bei der Beantwortung der Umfrage auch solche Zusammenhänge diskutiert werden.

J. W. Brügel

Britische Zustände

Nicht nur auf dem westeuropäischen Festland, auch auf den britischen Inseln gärt es innerhalb der Sozialdemokratie. Aus der Labour Party sind prominente Politiker ausgetreten und haben eine eigene Sozialdemokratische Partei gegründet. Unser Londoner Mitarbeiter schildert die komplizierten und verwirrenden britischen Zustände.

Die Lage in der Labour Party ist nach der Konferenz vom 24. Januar, die das strittige Problem der Vorsitzendenwahl definitiv regeln sollte, genauso unübersichtlich wie zuvor. Klar ist nur, dass der Wunsch, den im Januar gefassten Beschluss zu revidieren, nicht auf den rechten Flügel und die Mitte beschränkt bleibt, sondern dass auch weit links stehende Parteifunktionäre darauf hinarbeiten. Michael Foot, der Parteiführer, über dessen Vorschlag für die künftige Wahl des Parteivorsitzenden die Konferenz hinweggegangen ist, hat früher immer auf die Unantastbarkeit von Konferenzbeschlüssen gepocht; jetzt spricht er davon, dass solche Entscheidungen, vielfach gestützt auf eine Zufallsmehrheit, abänderungsfähig sind. Seine Beschwörungen, niemand solle der Partei den Rücken kehren, verhinderten eine für die Labour Party höchstgefährliche Abspaltung nicht.

Die Frage des Wahlkollegiums

Die Konferenz vom Januar hatte sich für einen komplizierten Vorgang bei der zukünftigen Wahl des Parteiführers und seines Stellvertreters ausgesprochen. Es soll ein Wahlkollegium gebildet werden, in dem die Unterhausfraktion, die bisher allein entschieden hatte, mit 30 Prozent, die der Partei angeschlossenen Gewerkschaften mit 40 Prozent und die lokalen Parteiorganisationen mit 30 Prozent vertreten sind. Michael Foot will diesen Beschluss zugunsten eines 50%igen Anteils der Abgeordneten (je 25% für die anderen beiden Gruppierungen) abändern. Selbst wenn er am Parteitag im Herbst damit durchkommt, was höchst unsicher ist, bringt er gewichtige Kritiker des Beschlusses vom 24. Januar nicht zum Schweigen.

Die 12 Abgeordneten und zwei ehemalige Minister, die nun aus der Partei ausgetre-

ten sind und am 26. März ihre eigene «Sozialdemokratische Partei» gegründet haben, führen an, es gehe ihnen – und vielen anderen, die nicht aus der Partei ausgetreten sind – nicht um eine Änderung der Prozentsätze, sie lehnen das vorgeschlagene Wahlkollegium aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Wenn man die Wahl des Parteiführers wirklich demokratisieren wolle (unter diesem Schlagwort lief die Propaganda für die Entmachtung der Unterhausfraktion), müsse man jedem einzelnen Parteimitglied eine Stimme geben; aber gerade davon wollen die angeblichen Demokratisierer nichts wissen. Groteskerweise wird zur Ablehnung des Rechtes der Parteimitglieder auf Mitbestimmung angeführt, dass sich der Einfluss der verschiedenen Medien auf die Abstimmung der Parteimitglieder in fortschrittsfeindlichem Sinne auswirken könnte. Wer diesem Argument Glauben schenkt, müsste aber logischerweise die Abschaffung der Parlamentswahlen verlangen, bei denen die Medien die Wählermassen ja bis zu einem gewissen Grade auch zu beeinflussen vermögen.

Die Stellung der Unterhausfraktion

Die Behauptung, dass die Änderung des Wahlmodus nichts anderes sei als eine Anpas-

sung an die kontinentalen Arbeiterparteien, beruht auf einem Missverständnis, denn die bisherige typisch britische Regelung soll durch eine andere ersetzt werden, die auch nur in den besonderen britischen Verhältnissen möglich ist. Der Unterschied zu kontinentalen Regelungen besteht darin, dass das vom Volk gewählte Unterhaus eine herausragende Stellung im öffentlichen Leben einnimmt. Die Frage, ob und wie weit die von ihrer Partei aufgestellten und vom Volk gewählten Abgeordneten an Beschlüsse des Parteitages oder des Parteivorstandes gebunden sind, war seit Bestehen der Partei ein Zankapfel. Schon ihr Begründer und erster Führer, Keir Hardye, hat den Grundsatz verfochten, dass die Unterhausfraktion in ihren Beschlüssen und ihrer Taktik unabhängig ist, und dass Beschlüsse der Parteiinstanzen nur den Charakter von Empfehlungen haben können.

Die gewerkschaftlichen Blockstimmen

Gegen das vorgeschlagene Wahlkollegium wird angeführt, dass es allen demokratischen Traditionen wider-

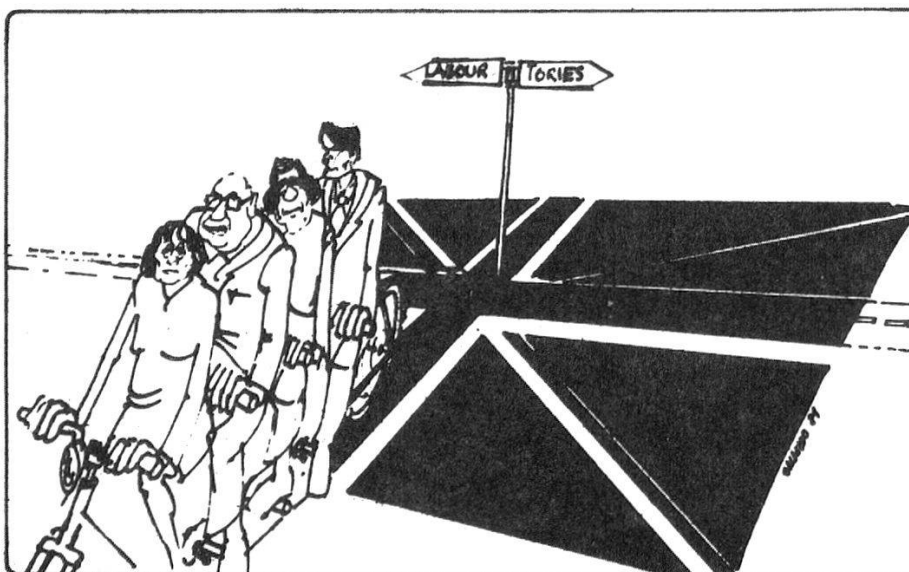
spricht, wenn der Führer der Labour Party und Anwärter auf das Amt des Regierungschefs durch die Blockstimmen der angeschlossenen Gewerkschaften ins Amt gebracht wird. Ungleich kontinentalen Arbeiterparteien ist die Labour Party eine Gründung der Gewerkschaften, die ihr kollektiv beitreten. Jene Gewerkschaftsmitglieder, die nicht zur Labour Party gezählt werden wollen, werden von der Zahlung des sogenannten «politischen Beitrages» befreit. (Da die Labour Party 6 Millionen gewerkschaftliche Blockmitglieder und 300 000 Einzelmitglieder hat, sind die Gewerkschaftsbeiträge für die Parteifinanzen entscheidend.) Auf Parteitagen stimmen die Gewerkschaften mit ihren Blockstimmen ab. Das soll auch für das geplante Wahlkollegium gelten. Jede Gewerkschaft hat so viele Stimmen, als sie Blockmitglieder anmeldet. Die Stimmen werden aber einheitlich abgegeben, ohne Rücksicht darauf, ob die Gewerkschaftsmitglieder mit dieser Haltung einverstanden sind. Das System der Blockstimmen wurde immer schon als undemokratisch kritisiert, freilich meist nur

von jenen, gegen die es sich gerade auswirkt. In der Vergangenheit war das meist der linke Flügel. In den letzten 20 Jahren haben einige grosse Gewerkschaften eine linke Führung erhalten, so dass sich jetzt die anderen über die Blockstimmen beklagen.

Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass manche Gewerkschaften neuerdings nicht mit der Zahl der Mitglieder auftreten, die den politischen Beitrag zahlen, sondern sich politischen Einfluss durch die willkürliche Angabe einer runden Mitgliederzahl sichern (z.B.

Transportarbeiter-Verband mit 1,2 Millionen Blockmitgliedern von 2,1 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern).

So hat die Union of Public Employees (zumeist Krankenhauspersonal) letztes Jahr unmittelbar vor dem Parteitag eine Erhöhung ihrer Stimmenzahl um 100 000 angemeldet und damit den Beschluss ermöglicht, den Parteiführer in Zukunft von einem breiteren Forum wählen zu lassen. Über die Fragwürdigkeit des Systems der Blockstimmen ist man sich einig, aber niemand hat bisher ein besseres System vorgeschlagen. Solange Parteitagsbeschlüsse bloss als Empfehlungen für die Unterhausfraktion oder die Labour-Regierung galten, war das weiter kein Unglück. Gegen die Ernennung des Premierministers durch Blockstimmen wird angeführt, dass zwar auf Parteitagen nur jene Gewerkschafter zu Wort kommen können, die auch individuelle Mitglieder der Labour Party sind, dass aber Beschlüsse der einzelnen Gewerkschaften von den Vorständen gefasst werden, in denen auch Kommunisten, Konservative oder Parteilose sitzen. Dass Angehörige anderer Parteien Einfluss dar-



Ab durch die Mitte

Orlando Eisenmann

auf haben, wer die Labour Party führt und wen sie für die Regierung in Aussicht nimmt, scheint vielen unannehmbar.

Der Kern der Auseinandersetzungen

Natürlich sind die Gefechte um Statutenänderungen nicht der Kern der Sache. Die einen wollen die Erhaltung von Labour als stärkste sozialdemokratische Partei der Welt, während die anderen sie in eine «vollsozialistische» Bewegung umfunktionieren möchten.

Die grosse Masse der bisherigen Parteimitglieder will damit nichts zu tun haben, aber die Gegenkräfte waren schon in der Vergangenheit nicht fest organisiert und sind es jetzt nach dem Auszug der Gründer der Sozialdemokratischen Partei schon gar nicht. Denis Healey, Michael Foots Stellvertreter, steht den Beschlüssen der Konferenz vom Januar 1981 ebenso kritisch gegenüber wie die Verfechter der Sozialdemokratischen Partei. Aber er verdammt jene, die der Partei gerade jetzt den Rücken zugekehrt haben, da der Kampf um ihre Erhaltung als demokratisch-sozialistische Kraft ausgefochten werden muss. So wie er denken ungezählte andere Parteifunktionäre, die in der Sache selbst der Kritik jener zustimmen, die mit der Partei gebrochen haben. Shirley Williams, Mitglied der provisorischen Führung der Sozialdemokratischen Partei, hingegen glaubt, dass die Partei, «die wir geliebt haben», wie sie sich ausdrückt, nicht mehr existiere. Der Parteiaustritt dieser Frau mit ihrer magnetischen Anziehungskraft auf die breiten Massen – einer Anziehungskraft, über die kein anderer Funktionär der



Die neuen «Sozialdemokraten» (von links nach rechts): William Rodgers, Shirley Williams, Roy Jenkins, David Owen

Labour Party verfügt – wiegt schwerer als alle anderen Austritte von Funktionären, die meist nur in ihren Wahlkreisen bekannt sind.

Neue Gegensätze – neue Unklarheiten

Nun treten zu den bisherigen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei noch die auftauchenden Differenzen zwischen denen, die, wie Healey, für unverfälscht sozialdemokratische Auffassungen weiter innerhalb der Partei kämpfen wollen, und jenen, die an den Möglichkeiten des Erfolges solcher Bemühungen verzweifeln. Doch auch innerhalb der neugegründeten Sozialdemokratischen Partei herrscht alles andere als Einigkeit. Während Shirley Williams sich weiter an die sozialdemokratischen Grundsätze klammert, haben sich andere, wenn auch vielleicht nur aus taktischen Erwägungen, von ihnen wegentwickelt. Der frühere Verkehrsminister, William Rodgers, der Organisator der Sozialdemokratischen Partei,

schweigt. David Owen, der frühere Aussenminister, der breiten Masse wenig bekannt, wenn auch in seinem west-englischen Wahlkreis gut verankert, sucht nach Berührungspunkten mit der Liberalen Partei und zwar über die Absprache hinaus, dass Sozialdemokraten und Liberale bei Wahlen nicht gegeneinander auftreten. Roy Jenkins, einst Stellvertreter Wilsons in der Parteiführung, hat in den vier Jahren, in denen er als Präsident der Europäischen Kommission in Brüssel der britischen Innenpolitik fern war, den Glauben an die Labour Party verloren; seine jetzigen Erklärungen über die Absicht eines Brückenschlages zu den Liberalen sind von einer gewollten Unklarheit. Williams, Rodgers, Owen und Jenkins bilden bis zur Wahl durch die Parteimitglieder die kollektive Führung der Sozialdemokratischen Partei. Jenkins und Williams haben im Augenblick keinen Unterhaussitz. Ohne einen solchen kann man in England aber nicht Politik machen. Aber wo sollten oder könnten

sie im Falle von Nachwahlen oder bei den nächsten Gesamterneuerungswahlen kandidieren, wenn keine Organisation da ist, die man den beiden grossen Parteien entgegenstellen kann?

Ein weiteres Moment der Verwirrung kam durch einen bisherigen konservativen Abgeordneten im Unterhaus hinzu, der aus Protest gegen den Staatsvoranschlag die Konservative Partei verlassen und sich den Sozialdemokraten anschliessen will, die ihn in der Unterhaussitzung als Verbündeten herzlich begrüsst haben. Solche im britischen politischen Leben äusserst seltenen Ereignisse machen natürlich Schlagzeilen in den Zeitungen und verleihen einem bisher weithin unbekannten konservativen Abgeordneten für einen Tag eine Heldenrolle. Aber die Tatsache, dass er gute Argumente gegen die Politik der Regierung Thatcher anzuführen weiss, macht ihn noch nicht zum Sozialdemokraten, und ein Versuch, die neue Sozialdemokratische Partei zum Sammelbecken aller Unzufriedenen zu machen, wird ihre ideologischen Grundlagen nur verwässern.

Koalition von Sozialdemokraten und Liberalen?

Die Meinungsforschungsinstitute, die schon so oft daneben gegriffen haben, prophezeien einer Koalition von Sozialdemokraten und Liberalen bei der nächsten Gesamterneuerungswahl einen Sieg über Labour und die Konservativen und damit die Übernahme der Regierungsgewalt. Sie verwechseln dabei einerseits eine momentane Stimmung, die zweifellos von der Abneigung gegen beide bestehenden Grosspartei-

en geprägt ist, mit einer im allgemeinen ganz anders gearteten Stimmung bei den Wahlen. Alle Prophezeiungen dieser Art sind unreal, weil sie das bestehende Wahlrecht ignorieren. Die Liberale Partei ist seit Jahrzehnten das Opfer dieses Wahlrechts: Sie bringt, je nach der Zahl der Wahlkreise, in denen sie Kandidaten aufstellt, 4 bis 6 Millionen Stimmen auf, erringt aber kaum mehr als zehn Mandate, während die beiden grossen Parteien für etwa die doppelte Stimmenzahl rund 300 Mandate bekommen. Durch eine Verbindung mit den Sozialdemokraten (denken wir uns einmal die bestehenden ideologischen Gegensätze weg) würden die Liberalen sicher einen gewissen Auftrieb erleben, aber sie fürchten nicht zu unrecht, dass der Zustrom von erfahrenen Sozialdemokraten sie erdrücken würde. Nüchtern gesehen ergeben sich für das Zusammenwirken von Liberalen und Sozialdemokraten grosse Hindernisse (auch wenn die Liberalen in Grossbritannien viel weiter links stehen als in der Schweiz), und man kann sich schwer vorstellen, dass mehr herauskommen wird als ein gegenseitiger Nichtangriffspakt, und auch der wäre nicht leicht auszuhandeln. Die Tragik jener, die sich mit der Entwicklung in der Labour Party nun von aussen und nicht mehr von innen beschäftigen, besteht darin, dass es in Grossbritannien ohne Verhältniswahlrecht nur zwei Kräfte gibt, die auf der britischen Insel die Regierung in die Hand nehmen können: entweder regieren die Konservativen oder die Labour Party, etwas Drittes gibt es nicht. Die nervösen Ausfälle, mit denen Margaret Thatcher die Exponenten der

Sozialdemokratischen Partei bedenkt, beweisen, dass man sich auch im konservativen Lager der Gefahr der Abwanderung von enttäuschten Wählern zu den Sozialdemokraten bewusst ist. Tatsache aber ist, dass bei künftigen Wahlen sozialdemokratische Gegenkandidaten der Labour Party schweren Schaden zufügen und einen konservativen Sieg herbeiführen, jedoch kaum etwas für sich erreichen können.

«Zum Lichte empor»

Die folgenden Illustrationen sind dem Buch «Zum Lichte empor» entnommen, das der Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger im letzten Jahr herausgegeben hat. In diesem sehr schön illustrierten grossformatigen Buch sind die Mai-Festzeitungen der Sozialdemokratie von 1891 bis 1914 in Wort und Bild festgehalten. Herausgeber ist Udo Achten, geboren 1943. Er arbeitete als Hilfsarbeiter und Papiermacher, studierte dann Erziehungswissenschaften und ist nach verschiedenen Tätigkeiten heute in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit als Dozent am Bildungszentrum der IG Metall tätig.
